

### **Resolutionstext zur empfohlenen Verlagerung des Verteidigungsministeriums nach Berlin**

Der Kreistag des Landkreises Ahrweiler beschließt sich der redaktionell geänderten unten aufgeführten Resolution des Rhein-Sieg-Kreises vom 28. Oktober 2010 anzuschließen und diese an die Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel, den Verteidigungsminister zu Guttenberg, den Ministerpräsidenten Herrn Kurt Beck sowie die hiesigen Bundestags- und Landtagsabgeordneten weiterzuleiten.

Der Kreistag beschließt nachfolgende Resolution:

#### **„Empfohlene Verlagerung des Verteidigungsministeriums nach Berlin**

Die vom Verteidigungsminister zu Guttenberg eingesetzte Strukturkommission hat in ihrem Bericht, der am 26.10.2010 der Öffentlichkeit vorgestellt worden ist, unter anderem die komplette Verlagerung des Verteidigungsministeriums nach Berlin empfohlen.

Der Landkreis Ahrweiler erwartet, dass der Verteidigungsminister zu Guttenberg dieser Empfehlung aus folgenden Gründen nicht folgt:

- Die Kernaussage des Bonn-Berlin-Beschlusses vom 20. Juni 1991 ist die dauerhafte und faire Arbeitsteilung zwischen Berlin und Bonn mit der Maßgabe, dass die überwiegende Zahl an Arbeitsplätzen der Regierung in Bonn verbleibt. Nur mit dieser Zusage konnte eine knappe Mehrheit von 18 Stimmen für den Umzug nach Berlin erreicht werden.
- Ein Komplettumzug nach Berlin hat unweigerlich zur Folge, dass auch die übrigen sogen. Bonn-Ressorts ihren Erstsitz nach Berlin verlagern werden (Dominoeffekt). Damit wird auch die bestehende Regelung, wonach jedes Ressort 25 % seiner Mitarbeiter am jeweiligen zweiten Dienstsitz belässt, ad absurdum geführt.
- Bei einer Komplettverlagerung aller Ministerien nach Berlin besteht die Gefahr, dass auch die noch in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis ansässigen Organisationen und Verbände mit ihren Mitarbeitern nach Berlin umziehen. Diese Sogwirkung wird zahlreiche Organisationen sowie nationale und internationale Einrichtungen betreffen.
- Von einer solchen Regelung werden viele Arbeitsplätze in der Region betroffen, mit der Folge, dass es sehr viele Wohnortverlagerungen aus der Region geben wird, aus der wiederum ein erheblicher Kaufkraftverlust erwächst.

Der Landkreis Ahrweiler erwartet daher, dass sich der Verteidigungsminister zu Guttenberg an die Zusagen zum Berlin-Bonn-Gesetz hält und auch für sich für verbindlich erklärt.

Vom Vorsitzenden der Strukturkommission, der zugleich Chef der Bundesanstalt für Arbeit ist, wird erwartet, dass er weitsichtige Empfehlungen vorlegt, nicht jedoch solche, die für die Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler mit einem deutlichen Verlust an Arbeitsplätzen und auch mit einer Zunahme an Arbeitslosigkeit verbunden sind.

Der Kreistag begrüßt in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Aktivitäten des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Sicherung und zum Ausbau von Bonn als internationales Entwicklungszentrum.“